

Antrag der Fraktion der CDU

Duale Ausbildung im Handwerk stärken – Meisterbrief nicht entwerfen!

Das Handwerk ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor im Land Bremen. Über 5.000 Handwerksunternehmen erzielen mit über 30.000 Erwerbstätigen einen Umsatz von rund 3 Milliarden Euro. Mit einer Ausbildungsquote von über 10 Prozent leistet das Bremische Handwerk einen bedeutenden Beitrag zur Ausbildung unserer Jugendlichen. Kleine Unternehmen prägen das Bild des Bremischen Handwerks: In drei von vier Firmen sind weniger als zehn Personen tätig. Über 60 Prozent der Unternehmen gehören dem zulassungspflichtigen Handwerk gemäß Anlage A der Handwerksordnung an, für das die Meisterpflicht gilt. Diese Betriebe erzielen den größten Anteil des Gesamtumsatzes im Bremischen Handwerk und stellen den überwiegenden Anteil der im Handwerk tätigen Personen.

Die Europäische Kommission hat im Frühjahr 2013 dem Europäischen Rat einen Entwurf für „Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Deutschland 2013“ vorgelegt. In den länderspezifischen Empfehlungen stellt die Kommission fest: „In vielen Handwerksbranchen, einschließlich im Baugewerbe, ist nach wie vor ein Meisterbrief oder eine gleichwertige Qualifikation erforderlich, um einen Betrieb zu führen.“ Die Kommission schlägt vor, Deutschland könne prüfen, ob sich die gleichen im öffentlichen Interesse liegenden Ziele nicht durch eine weniger strikte Reglementierung erreichen ließen und empfiehlt dem Rat der Europäischen Union, „dass Deutschland im Zeitraum 2013-2014 Maßnahmen ergreift, um den Wettbewerb im Dienstleistungssektor weiter zu beleben, einschließlich bestimmter Handwerke, insbesondere im Baugewerbe [...], um inländische Wachstumsquellen zu fördern.“

Die Empfehlung zielt darauf ab, weitere Handwerksberufe von der Meisterpflicht auszunehmen. Der Meisterbrief wird als Beschränkung verstanden, die Wettbewerb und Wachstum behindert. Dies widerspricht einer von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie zu den wirtschaftlichen Wirkungen der qualifikationsbezogenen Reglementierung im Baugewerbe, wonach die Reglementierung in Deutschland tendenziell positive ökonomische Wirkungen hat. Darüber hinaus wird die Bedeutung des Meisterbriefs im Rahmen der dualen Berufsausbildung nicht hinreichend gewürdigt. Nach Ansicht der EU-Kommission und der OECD ist die geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland in großen Teilen auf das erfolgreiche System der dualen Berufsausbildung zurückzuführen. Dieses kann jedoch nur funktionieren, wenn sich dauerhaft eine ausreichende Zahl von Betrieben daran beteiligt. Die Zahl der Ausbildungsplätze im Handwerk ist in den vergangenen Jahren auch deswegen gesunken, weil die Zahl der Meisterbetriebe seit der Handwerksnovelle der damaligen rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2004 rückläufig ist.

Von Meistern geführte Betriebe bieten die notwendige Qualifikation, Zuverlässigkeit und Stabilität für eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung. Prekäre Geschäftsmodelle hingegen, wie Ein-Mann-Betriebe und Subunternehmer, die als (Schein-)Selbständige arbeiten, sind dem dualen Ausbildungssystem abträglich. Die von der EU-Kommission geforderte Herausnahme weiterer Handwerke aus der Meisterpflicht, insbesondere solcher des Baugewerbes, begünstigt jedoch die Entwicklung solcher prekärer Erwerbstätigkeiten. Eine weitere Entwertung des Meisterbriefs ist daher im Hinblick auf die duale Berufsausbildung unverantwortlich.

Der Meistertitel ist eine im Handwerk gewachsene und bewehrte Qualifikation, die sich an Selbständige und Arbeitnehmer richtet. Ihn als Berufsbeschränkung zu bezeichnen, geht schon deswegen fehl, weil es immer mehr zulassungspflichtige Handwerksbetriebe gibt, die aufgrund von alternativen Qualifikationsnachweisen nicht von Meistern geführt werden. Wer das duale Ausbildungssystem stärken will, muss den Meisterbrief stärken. Eine Herausnahme weiterer Handwerksberufe aus der Meisterpflicht würde die von der EU-Kommission gesteckten Ziele von Wachstum und Beschäftigung im Handwerk konterkarieren. Die Pläne sind daher abzulehnen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf europäischer Ebene und über den Bundesrat mit Nachdruck für den Erhalt der Meisterpflicht und gegen eine Herausnahme weiterer Handwerksberufe aus der Meisterpflicht einzusetzen.

Jörg Kastendiek, Susanne Grobien, Silvia Neumeyer, Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU